

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002596/2025

an die Kommission

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Majdouline Sbai (Verts/ALE), Marie Toussaint (Verts/ALE), Elisabeth Grossmann (S&D), Virginijus Sinkevičius (Verts/ALE), Marina Mesure (The Left), Catarina Vieira (Verts/ALE), Benedetta Scuderi (Verts/ALE), Maria Ohisalo (Verts/ALE), Nora Mebarek (S&D), David Cormand (Verts/ALE), Méliissa Camara (Verts/ALE), Mounir Satouri (Verts/ALE), Tilly Metz (Verts/ALE), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Thomas Waitz (Verts/ALE), Estelle Ceulemans (S&D), Per Clausen (The Left), Manon Aubry (The Left), Sara Matthieu (Verts/ALE), Anja Hazekamp (The Left), Cristina Guarda (Verts/ALE), Anthony Smith (The Left), Lena Schilling (Verts/ALE), Ana Miranda Paz (Verts/ALE), Michael Bloss (Verts/ALE), Hanna Gedin (The Left), Jean-Marc Germain (S&D)

Betrifft: Gemeldete Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen durch Stahlunternehmen aus der Union in Drittländern und die Notwendigkeit, das Ziel der CSDDD zu wahren

Wie die Kommission feststellte, haben bestimmte EU-Unternehmen negative Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt in ihren Wertschöpfungsketten verursacht, einschließlich Zwangsarbeit, Ausbeutung von Arbeitnehmern, Umweltverschmutzung sowie Verlust an biologischer Vielfalt. Hinsichtlich der Aktivitäten der Unternehmen ArcelorMittal und Ternium in Drittländern wurden viele derartige Missbrauchsfälle von nichtstaatlichen Organisationen umfassend dokumentiert. Hinzu kommen Fälle von Drohungen und Verschwindenlassen – wie das von Antonio Díaz Valencia – sowie Tötungen von Gemeindefürsprechern und Umweltaktivisten, Landnahme und negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Wie aus einer aktuellen Studie hervorgeht, kam es im Stahlwerk in Rio de Janeiro zu mehr als 1000 Todesfällen.

Was gedenkt die Kommission vor dem Hintergrund sowohl dieses Umstands als auch des jüngsten Vorschlags der Kommission für ein Omnibus-Paket zu der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (CSDDD) zu tun, um

1. die Anwendung von Artikel 2 EUV und von Artikel 191 AEUV aufrechtzuerhalten, da die darin festgelegten Ziele nicht nur die Beteiligung von Behörden, sondern auch von Unternehmen erfordern?
2. eine Fragmentierung zu verhindern und Rechtssicherheit für im Binnenmarkt tätige Unternehmen zu schaffen?
3. die zentralen Bestimmungen der CSDDD aufrechtzuerhalten, um zu vermeiden, dass nur eine leere Hülle davon übrigbleibt, und so im Einklang mit ihrer eigenen Erklärung zu bleiben, wonach die EU nicht länger ignorieren darf, was in ihren Wertschöpfungsketten passiert?

Eingang: 26.6.2025